

Frankfurter Ostend wird Sperrgebiet

Polizei beendet im Vorfeld der Krisenproteste gegen die EZB Kuschelkurs mit der Presse

Gitta Düperthal/Frankfurt am Main

Der 18. März in Frankfurt am Main rückt näher: Tag der Eröffnungsfeier der Europäischen Zentralbank (EZB) und zugleich der europäischen kapitalismuskritischen Blockupy-Proteste. Sprecher des Bündnisses betonen, die EZB blockieren zu wollen, da deren Finanzpolitik ein verarmtes Europa begründe. Sie sagen auch: »Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen.« Das steht im Aktionskonsens der Bewegung 2015. Nichtsdestotrotz startet die Frankfurter Polizei kurz vor Beginn des Aktionstags – wie schon 2013 und 2012 – gewohnheitsmäßig ihre Kampagne. Thema: »Von Demonstranten ausgehende Gewalt«. Am Mittwoch lud sie zu einer Pressekonferenz, allerdings als Geheimrunde nur für ausgewählte Medienvertreter. Von erwarteten »Krawallen« und »gewalttätigen Ausschreitungen« ist im Anschluss beim *Hessischen Rundfunk* und in den Frankfurter Zeitungen die Rede. *Bild* weiß gar schon im Detail, wo all das stattfinden wird, und publiziert in vorauseilender Autoritätshörigkeit »Die Randal-Karte«: »Hier erwartet die Polizei am 18. März Ärger«.

Teil der Kampagne ist ein Flugblatt der Polizei. Darin heißt es: »Wie immer bei solchen Großveranstaltungen muss auch mit der Teilnahme unfriedlicher bzw. gewalttätiger Personen gerechnet werden.« Kein Wort aber dazu, dass diese in den vergangenen Jahren nahezu ausschließlich in den Reihen der Beamten zu finden waren; verummte, behelmte Ordnungshüter, die grundlos Pfefferspray in Gesichter von Bürgern und Pressevertretern sprühten. Weiterer Teil gezielter polizeilicher Stimmungsmache war eine öffentliche

Veranstaltung am Mittwoch abend im Frankfurter Ostend, wo sich die EZB befindet: Dort teilten Polizeisprecher Anwohnern mit, wie »Sicherheitsmaßnahmen« in ihren Alltag eingreifen werden. Von weiträumigen Absperrungen, die bereits am Wochenende zuvor beginnen, ist unter anderem die Rede, von Polizeihubschraubern zur Aufklärung, bereitstehenden Wasserwerfern, einer Ausweispflicht für Anwohner. »Rufen Sie im Konfliktfall oder wenn sie Straftaten bzw. Gewalttätigkeiten beobachten, den Notruf 110 an«, wurde appelliert. Ob es den anwesenden Journalisten zu verdanken ist oder einem Anflug von Gewissensbissen: Irgendwann besinnt sich Marco Weller, Leiter des polizeilichen Vorbereitungsstabs zum 18. März, und klärt auf: »Schulkinder und alte Leute sind nicht Ziel der Blockupy-Demonstranten«, vor allem gehe es um die EZB.

Ein Jurist will näheres über die Gefahrenprognose wissen, aufgrund derer die Polizei den Aufwand rechtfertigt, erhält aber von Felix Paschek, dem zuständige Abschnittsleiter, nur unbefriedigend Antwort: Rechtslage sei, die EZB zu schützen. Auch möchte er wissen, wohin er sich wenden kann, wenn es wieder zu rechtswidrigen Einsätzen wie 2013 komme. »An die Justiz und bei einer Straftat Anzeige erstatten«, so Paschek knapp. Auf Nachfrage von *jW*, wieso Pressekonferenzen neuerlich heimlich stattfinden, gab sich Weller wortkarg und verwies auf seinen nicht anwesenden Chef. Im nachhinein ist zu erfahren: Nicht nur auf diese Zeitung hatte die Polizei keinen Bock, sondern ebenso auf *Journal Frankfurt* oder einen freien Journalisten, der für die *Stuttgarter Zeitung* oder den *Mannheimer Morgen* schreibt. Auch sie wurden nicht eingeladen. Dabei hatte im Zusammenhang mit vergangenen Blockupy-Aktionen die Deutsche Journalisten-Union (dju) in ver.di auf Nachfrage von *jW* unmissverständlich klargestellt: »Wenn die Polizei einem Presseorgan willkürlich Informationen vorenthält, die andere Medien problemlos erhalten, dann ist das ein Verstoß gegen Paragraph 3 des Hessischen Pressegesetzes.« Manchem Medienvertreter mag noch in den Ohren klingen, wie die Beamten in Frankfurt am Main anschließend einen Kuschelkurs versprochen hatten. Von »lernender Polizei« war die Rede, von Selbstkritik, neuer Transparenz. Jetzt, im Vorfeld des 18. März, kündigt sich der Ausnahmezustand an.

<http://www.jungewelt.de/2015/02-27/046.php>